

**Briefing zu aktuellen EU-Themen  
für den Europa-Ausschuss des Landtages  
am 11. Mai 2016**

(Das vorangegangene Briefing erfolgte am 13. April 2016)



**Erklärung zum Haftungsausschluss:** Die Staatskanzlei ist um Richtigkeit und Aktualität der bereitgestellten Informationen bemüht. Trotzdem können Fehler und Unklarheiten nicht vollständig ausgeschlossen werden. Die Staatskanzlei übernimmt deshalb keine Gewähr für die Aktualität, Richtigkeit, Vollständigkeit oder Qualität der bereitgestellten Informationen. Für EU-Dokumente ist jeweils die amtliche Veröffentlichung maßgeblich.

Der nachfolgende Text enthält Hyperlinks, durch die auf externe Seiten und dort angebotene Informationen verwiesen wird. Diese Seiten haben i.d.R. der Zusammenfassung im Rahmen des Briefings zugrunde gelegen. Es handelt sich um allgemein zugängliche Seiten, deren Auffinden durch die Links erleichtert werden soll. Soweit über Links auf solche Seiten verwiesen wird, ist für deren Inhalt ausschließlich der Betreiber dieser Seiten verantwortlich, die Staatskanzlei macht sich durch die Verweisung die über den Link angebotenen Informationen oder eventuelle Weiterverweisungen nicht zu eigen. Die Staatskanzlei hat keinen Einfluss auf eine nach Setzung des Links erfolgte Veränderung des Links oder der zugrunde liegenden Inhalte und übernimmt dafür keine Verantwortung.

## Inhalt

1. Übergreifende Themen.....	4
Europaministerkonferenz in Brüssel .....	4
Diskussion zu Transparenz im EP .....	4
Konsultation zu einer EU-Weltraumstrategie .....	4
2. Inneres .....	4
Fluggastdatensätze: EP stimmt nach langem Zögern zu .....	4
Europäisches Datenschutzpaket angenommen.....	5
Bilanz der Sicherheitsagenda .....	5
Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems .....	5
Kommission schlägt Aufhebung der Visumpflicht für die Türkei vor.....	6
3. Justiz.....	6
Europäisches Parlament: Geschäftsgeheimnisse contra Whistleblower?.....	6
Richtlinie über Rechte von Kindern in Strafverfahren angenommen.....	6
EuGH: Familienzusammenführung kann abgelehnt werden .....	7
4. Finanzen .....	7
Erster Berichtigungshaushalt 2016 angenommen .....	7
Kommission verklagt Deutschland wegen Mehrwertsteuer-Vorschriften für Reisebüros .....	7
5. Wirtschaft, Bau, Tourismus, Regionalpolitik, Außenhandel.....	8
TTIP – 13. Verhandlungsrunde .....	8
TTIP - Anhörung im Europäischen Parlament.....	8
Leistungsbilanzüberschuss der EU28 von 9,1 Mrd. Euro im Februar .....	8
6. Landwirtschaft, Fischerei, Umwelt, Verbraucherschutz.....	9
Weg frei für freiwillige Verknappung des Milchangebots.....	9
Intervention bei Magermilchpulver und Butter.....	9
Weitere Zunahme des Agrarhandels der EU .....	10
EuRH sieht Mängel bei Kosteneffizienz von EU-Tierseuchenprogramm .....	10
Europäisches Parlament: Verlängerung für Glyphosat nur unter Bedingungen .....	10
Verbot von Herbiziden .....	10
Kommission verklagt Deutschland wegen Nitrat .....	10
EuRH: Wenig Erfolg bei Maßnahmen gegen Eutrophierung der Ostsee .....	11
EuGH annulliert Zuweisung von kostenlosen Emissionszertifikaten .....	11
UN-Zeremonie zur Unterzeichnung des Pariser Klimaschutzabkommens.....	11
EuG lehnt Schadenersatz für italienische Fischer wegen Fangverbot ab .....	11
7. Bildung, Wissenschaft, Kultur .....	11
Präsentation Wendelstein 7-X in Brüssel.....	11
Aktualisierung des Open-Access-Leitfadens.....	12
Konsultation zum Arbeitsprogramm „Wissenschaft für und mit der Gesellschaft“ .....	12
Hochschulranking „U-Multirank“: EMAU Greifswald unter „Top 25“ .....	12
EP fordert Vereinfachungen bei Mobilitätsprogrammen wie Erasmus+ .....	12
Europäisches Kulturforum 2016.....	12
Start der Kampagne „Europeana 280“ .....	13

8. Energie, Verkehr, Infrastruktur, Landesplanung .....	13
Europäisches Gericht: Deutsches EEG 2012 enthielt staatliche Beihilfe .....	13
Rat und Parlament erzielen Einigung zur politischen Säule des 4. Eisenbahnpakets.....	13
Verkehrsminister wollen „intelligente und nachhaltige Mobilität“ voranbringen .....	14
Kommission geht gegen deutsche PKW-Maut und britische LKW-Maut vor.....	14
Breitband: EU-Kommission prüft Vectoring-Pläne der Telekom.....	15
9. Beschäftigung, Soziales, Jugend, Gesundheit.....	15
Eurostat: Erwerbslosenquoten in den Regionen der EU 2015 zwischen 2,5% und 34%.....	15
Europäisches Parlament fordert integrierten Ansatz bei der Armutsbekämpfung .....	16
Europäisches Parlament fordert weitere Maßnahmen gegen den Zika-Virus .....	16
10. Meerespolitik, Ostsee .....	16
Europäischer Tag der Meere 2016 in Turku.....	16
Sitzung des „Forums Ostsee MV“ zur Tourismuskoooperation.....	16
Veranstaltung der BSH zu „Blaues Wachstum“ und Interreg .....	17
KPKR-Seminar und EP-Intergroup diskutieren „Blaue Wirtschaft“ .....	17
11. Medien, Digitaler Binnenmarkt.....	17
Kommission veröffentlicht Maßnahmenpaket zum digitalen Binnenmarkt .....	17
Barrierefreier Zugang zu Webseiten öffentlicher Stellen .....	18
12. Laufende Konsultationen (wenn nicht im Text erwähnt).....	18
13. Terminvorschau.....	20

## 1. Übergreifende Themen

### Europaministerkonferenz in Brüssel

Die 70. Europaministerkonferenz fand am 28./29. April 2016 in Brüssel unter hessischem Vorsitz statt. Schwerpunktthemen waren Migrations- und Flüchtlingspolitik, die Wirtschafts- und Währungsunion, der digitale Binnenmarkt und die Verkehrspolitik. Gesprächspartner waren unter anderen die Kommissionsmitglieder Oettinger und Moscovici, der deutsche EU-Botschafter und die Bürgermeisterin der Brüsseler Gemeinde Molenbeek-Saint Jean. Anlässlich der 71. EMK am 1./2. Juni 2016 in Berlin findet die Übergabe an Mecklenburg-Vorpommern statt, das ab 1. Juli 2016 für ein Jahr den Vorsitz übernimmt.

Beschlüsse: <https://staatskanzlei.hessen.de/berlin-europa/hessen-europa/europaministerkonferenz/beschlusse>

### Diskussion zu Transparenz im EP

Im Rahmen der laufenden öffentlichen Konsultation zur Überarbeitung des Transparenzregisters (siehe dazu zuletzt Briefing vom April 2016) organisierten die Kommission und das Europäische Parlament am 2. Mai 2016 eine Diskussionsveranstaltung. Die teilnehmenden Abgeordneten, von denen die meisten Mitglieder der interfraktionellen Gruppe „Integrität, Transparenz, Korruption und organisiertes Verbrechen“ (ITCO) sind, bekräftigten ihre Forderung nach einem verpflichtenden Register anstelle der bisherigen freiwilligen Eintragung. Außerdem müsse es künftig einen „legislativen Fußabdruck“ geben, so dass für jeden Rechtsakt nachvollziehbar sei, wer im Laufe des Verfahrens Einfluss genommen habe. Der Vizepräsident der Kommission Timmermans unterstützte die Forderung nach einem obligatorischen Register; was die Offenlegung von Kontakten angehe, wollte er diese aber für die Kommission auf deren Mitglieder und die Generaldirektoren beschränken. Was eine Registrierungspflicht für regionale Vertretungen angeht, blieb seine Aussage vage.

Pressemitteilung ITCO: <http://itcointergroup.eu/sample-page/>

Webstream: <http://www.europarl.europa.eu/ep-live/en/other-events/search?legislatuure=8&start-date=02-05-2016&end-date=02-05-2016>

### Konsultation zu einer EU-Weltraumstrategie

Zur Vorbereitung der im Arbeitsprogramm 2016 angekündigten Weltraumstrategie (siehe Drs. 6/5124, S. 17) hat die Kommission am 19. April 2016 eine öffentliche Konsultation auf den Weg gebracht, die bis zum 12. Juli 2016 läuft.

Vor dem Hintergrund zunehmender Bedeutung satellitengestützter Anwendungen, einer stürmischen Entwicklung der Weltraumindustrie und einem sich verschärfenden globalen Wettbewerb strebt die Kommission einen strategischen Rahmen für die Aktivitäten der EU in diesem Bereich bis zum Jahr 2030 an. Aktivitäten sollen aufeinander abgestimmt sein und sich ergänzen, ob sie nun von den Mitgliedstaaten einzeln betrieben werden oder gemeinsam im Rahmen der Europäischen Raumfahrtagentur ESA erfolgen.

Die Anhörung richtet sich an Interessenvertreter auf europäischer, nationaler und regionaler Ebene sowie Bürger. Dabei geht es um die Ziele einer Strategie, die Herausforderungen und Chancen, denen sich der Sektor gegenüber sieht, globale Trends und die Rolle der EU. Besonders interessiert die Kommission, wie die Dienstleistungs- und Datenangebote der bestehenden Weltraumprogramme (Galileo/EGNOS und Copernicus) am Markt von aktuellen und potentiellen Nutzern angenommen werden und wie sie sich in der Zukunft entwickeln sollten. Fragebogen in deutscher Sprache: <https://ec.europa.eu/eusurvey/runner/569ecc68-0671-4bc0-8270-bdd02186c52f?draftid=eea808ca-b8fe-4216-a865-314d11e3b76e&surveylanguage=DE&serverEnv=&captchaBypass=false>

## 2. Inneres

### Fluggastdatensätze: EP stimmt nach langem Zögern zu

Das Europäische Parlament hat am 14. April 2016 der EU-Richtlinie zu Fluggastdatensätzen zugestimmt. Der Rat nahm die Richtlinie am 21. April 2016 formal an. Der Vorschlag von 2011 war lange umstritten, da insbesondere im Europäischen Parlament Bedenken wegen des Da-

tenschutzes und des praktischen Nutzens für die Strafverfolgung und Gefahrenabwehr bestanden. Durch die angenommene Richtlinie bekommen die nationalen Behörden und Europol Zugriff auf einen Großteil der Daten eines Flugreisenden. Die Daten werden 24 bis 48 Stunden vor Abflug und direkt nach Abfertigungsschluss von der Fluglinie gesendet. Die Nutzung der Daten soll terroristische Straftaten und schwere Kriminalität bekämpfen, die in einem Katalog definiert wird und im Höchstmaß mindestens drei Jahren Freiheitsstrafe voraussetzen muss. Die Daten werden nach 6 Monaten anonymisiert und für 5 Jahre gespeichert. Die Richtlinie gilt für alle Flüge aus Drittstaaten und auf Wunsch des Mitgliedstaates für Flüge innerhalb der EU. Die Mitgliedstaaten müssen die Richtlinie zwei Jahre nach Inkrafttreten in nationales Recht umsetzen.

Pressemitteilung: [http://ec.europa.eu/germany/news/eu-parlament-stimmt-verwendung-von-fluggastdaten-zu\\_de](http://ec.europa.eu/germany/news/eu-parlament-stimmt-verwendung-von-fluggastdaten-zu_de)

Richtlinientext: <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=TA&reference=P8-TA-2016-0127&language=DE&ring=A8-2015-0248#BKMD-5>

### **Europäisches Datenschutzpaket angenommen**

Der Rat und das Europäische Parlament haben am 8. bzw. 14. April 2016 die Datenschutz-Grundverordnung und die Richtlinie für den Datenschutz bei Polizei und Strafjustiz angenommen. Die Grundverordnung soll Bürgern eine bessere Kontrolle ihrer personenbezogenen Daten ermöglichen. Gleichzeitig sollen Unternehmen aufgrund einheitlicher Regeln, die den Verwaltungsaufwand verringern und das Vertrauen der Verbraucher stärken, die Chancen, die der digitale Binnenmarkt bietet, besser nutzen können. Die Richtlinie für den Datenschutz bei Polizei und Strafjustiz soll sicherstellen, dass die Daten von Opfern, Zeugen und Verdächtigen bei strafrechtlichen Ermittlungen oder im Strafverfahren ausreichend geschützt sind. Stärker harmonisierte Rechtsvorschriften sollen die grenzübergreifende Zusammenarbeit von Polizei und Staatsanwaltschaft im Interesse einer wirksameren Bekämpfung von Kriminalität und Terrorismus in Europa erleichtern. Die Verordnung wird zwei Jahre nach der Veröffentlichung wirksam sein. Die Mitgliedstaaten haben dann zwei Jahre Zeit, die Bestimmungen der Richtlinie in nationales Recht umzusetzen.

Pressemitteilungen:

[http://ec.europa.eu/germany/news/neue-eu-datenschutzregeln-sind-beschlossen\\_de](http://ec.europa.eu/germany/news/neue-eu-datenschutzregeln-sind-beschlossen_de)

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/news-room/20160407IPR21776/Parlament-verabschiedet-EU-Datenschutzreform-%E2%80%93-EU-fit-f%C3%BCrs-digitale-Zeitalter>

### **Bilanz der Sicherheitsagenda**

Die Kommission hat am 20. April 2016 Bilanz zur Umsetzung der Europäischen Sicherheitsagenda gezogen. Sie hatte am 28. April 2015 die Agenda angenommen, in der die wichtigsten Maßnahmen gegen Terrorismus und Sicherheitsbedrohungen in der Europäischen Union im Zeitraum von 2015 bis 2020 dargelegt werden. Aufgrund der jüngsten Terroranschläge soll die Umsetzung der konkreten Maßnahmen beschleunigt werden. Dazu gehören insbesondere die Deradikalisierung, der Informationsaustausch zwischen den Sicherheitsbehörden, die Bekämpfung von zurückkehrenden terroristischen Kämpfern und die bessere Kontrolle von Finanzströmen.

Pressemitteilung: [http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-16-1445\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-16-1445_de.htm)

### **Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems**

Die Kommission hat am 4. Mai 2016 eine Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems vorgeschlagen. Dazu soll die Fingerabdruck-Datenbank Eurodac erweitert, das Dublin-System überarbeitet und das Europäische Unterstützungsbüro für Asylfragen in eine vollumfängliche EU-Asylagentur umgewandelt werden. Eurodac soll zusätzlich die Speicherung und Abfrage der Daten von Drittstaatsangehörigen und Staatenlosen ermöglichen, die keinen Antrag auf internationalen Schutz gestellt haben und sich illegal in der EU aufhalten. Ferner soll die Speicherung zusätzlicher Angaben zur Person erlaubt werden. Grundsätzlich ist der Staat, in den die Asylbewerber zuerst kommen, auch nach dem neuen Dublin-System zuständig. Bei unverhältnismäßig vielen Menschen, gemessen an der Größe und dem relativen Wohlstand des Mitgliedstaates, soll ein Korrekturmechanismus eingeführt werden. Falls dann ein Schwellenwert erreicht wird, werden alle weiteren neuen Asylbewerber ungeachtet ihrer Staatsangehörigkeit auf die übrigen Mitgliedstaaten nach einer Quote verteilt. Falls dabei ein Mitgliedstaat

einen Asylberechtigten nicht aufnimmt, soll er einen Solidarbeitrag von 250.000 EUR pro Person an den aufnehmenden Mitgliedstaat zahlen. Bei der Quote sollen Neuansiedlungen aus Drittstaaten berücksichtigt werden. Es sollen auch Rechtspflichten für Asylbewerber, wie die Pflicht zum Verbleib in einem Mitgliedstaat, eingeführt werden. Gemäß den Protokollen zum AEUV-Vertrag wirken das Vereinigte Königreich und Irland nicht an diesen Maßnahmen mit. Die neue Agentur soll für den Schwellenwert des neuen Dublin-Systems zuständig sein. Darüber hinaus soll sie eine EU-weit einheitlichere Beurteilung von Anträgen auf internationalen Schutz und eine engere praktische Zusammenarbeit sowie einen intensiveren Informationsaustausch der Mitgliedstaaten gewährleisten, und das Unionsrecht und hohe Standards bei Asylverfahren, Aufnahmebedingungen und der Gewährung von Schutz fördern.

Pressemitteilung: [http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-16-1620\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-16-1620_de.htm)

### **Kommission schlägt Aufhebung der Visumpflicht für die Türkei vor**

Die Kommission hat am 4. Mai 2016 dem Europäischen Parlament und dem Rat die Aufhebung der Visumpflicht für Bürger der Türkei vorgeschlagen, soweit die Türkei die noch ausstehenden Vorgaben des Fahrplans für die Visaliberalisierung erfüllt. Dies hatte die türkische Seite beim EU-Türkei Gipfel am 18. März zugesagt. Grundlage für die Entscheidung ist der von der Kommission vorgelegte Bericht über die bisherigen Fortschritte der Türkei beim Erreichen der Zielvorgaben. Um die ausstehenden Anforderungen zu erfüllen, muss die Türkei noch Maßnahmen in Bereichen wie der Korruptionsbekämpfung, dem Datenschutz, der justiziellen Zusammenarbeit mit allen Mitgliedstaaten, der verbesserten Kooperation mit Europol und der Überprüfung der Rechtsvorschriften und Praktiken im Zusammenhang mit der Terrorbekämpfung ergreifen. Die Präsidentenkonferenz des EP hat am 9. Mai 2016 entschieden, dass die Vorlage erst dann förmlich an die Ausschüsse überwiesen werden soll, wenn die Kommission bestätigt, dass die Türkei alle Bedingungen für die Visaliberalisierung erfüllt hat.

Pressemitteilung der Kommission: [http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-16-1622\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-16-1622_de.htm)

Pressemitteilung des EP: <http://www.europarl.europa.eu/news/de/news-room/20160509IPR26368/Visa-liberalisation-for-Turkey-EU-criteria-must-be-met-say-MEPs>

## **3. Justiz**

### **Europäisches Parlament: Geschäftsgeheimnisse contra Whistleblower?**

Am 14. April 2016 hat das Europäische Parlament die Richtlinie zum Schutz von Geschäftsgeheimnissen angenommen. Der Text basiert auf langwierigen Verhandlungen mit dem Rat. Unternehmen sollen durch die Bereitstellung von Maßnahmen, Verfahren und Rechtsbehelfen zivilrechtlich besser vor rechtswidrigem Erwerb, rechtswidriger Nutzung oder der Offenlegung von Geschäftsgeheimnissen geschützt werden. Die Mitgliedstaaten müssen sicherstellen, dass Inhaber von Geschäftsgeheimnissen ihre Rechte vor Gericht verfolgen und Schadensersatz fordern können. Besondere Aufmerksamkeit erregte die erst in der Schlussphase der Verhandlungen in den Vordergrund getretene Abwägung zwischen der Wahrung von Geschäftsgeheimnissen und dem Interesse der Öffentlichkeit an der Aufdeckung problematischer Geschäftsgebahren. Der Text enthält daher Bestimmungen zum Schutz der Vertraulichkeit von Geschäftsgeheimnissen im Verlauf von Gerichtsverfahren, gleichzeitig aber auch zur Gewährleistung von investigativem Journalismus und dem Schutz journalistischer Quellen. Die förmliche Verabschiedung durch den Rat steht noch aus; der Rat hatte sich zu diesem im November 2013 von der Kommission vorgelegten Vorschlag bereits im Mai 2014 positioniert.

Angenommener Text: <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P8-TA-2016-0131+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

Pressemitteilung: <http://www.europarl.europa.eu/news/de/news-room/20160407IPR21787/Gesch%C3%A4ftsgeheimnisse-Schutzvon-Unternehmen-Achtung-des-Rechts-auf-Information>

### **Richtlinie über Rechte von Kindern in Strafverfahren angenommen**

Der Rat der Innen- und Justizminister hat am 21. April 2016 die Richtlinie zur Stärkung der Rechte von Kindern in Strafverfahren angenommen. Die Richtlinie sieht eine Reihe von Verfahrensgarantien für Kinder (d.h. Personen unter 18 Jahren) vor, die der Begehung einer Straf-



tat verdächtigt oder beschuldigt werden. Eine Kernbestimmung der Richtlinie betrifft die Unterstützung durch einen Rechtsbeistand. Die Mitgliedstaaten sollten sicherstellen, dass verdächtige oder beschuldigte Kinder von einem Rechtsbeistand unterstützt werden, indem ihnen erforderlichenfalls Prozesskostenhilfe gewährt wird, es sei denn, die Unterstützung durch einen Rechtsbeistand ist unter Berücksichtigung der Umstände des Falles nicht verhältnismäßig. Weitere wichtige Bestimmungen der Richtlinie betreffen die Belehrung über die Rechte sowie das weitgehend zustehende Recht auf eine individuelle Begutachtung, eine medizinische Untersuchung und die audiovisuelle Aufzeichnung der Befragung. Ferner sind spezielle Garantien für Kinder während des Freiheitsentzugs, insbesondere während einer Inhaftierung, vorgesehen.

Pressemitteilung: <http://www.consilium.europa.eu/de/meetings/jha/2016/04/21/>

#### **EuGH: Familienzusammenführung kann abgelehnt werden**

Der Gerichtshof der Europäischen Union hat am 21. April 2016 entschieden, dass die Mitgliedstaaten einen Antrag auf Familienzusammenführung ablehnen können, wenn sich aus einer Prognose ergibt, dass der Zusammenführende während des Jahres nach der Antragstellung nicht über feste, regelmäßige und ausreichende Einkünfte verfügen wird. Im Ausgangsfall wurde nach spanischem Recht eine Aufenthaltserlaubnis zur Familienzusammenführung in einem solchen Fall nicht erteilt. Diese Prognose darf auf die Entwicklung der Einkünfte des Zusammenführenden in den letzten sechs Monaten vor dem Tag der Antragstellung gestützt werden. Mit seinem Urteil erklärte der Gerichtshof die spanischen Rechtsvorschriften für mit EU-Recht vereinbar.

Pressemitteilung: <http://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2016-04/cp160042de.pdf>

## **4. Finanzen**

#### **Erster Berichtigungshaushalt 2016 angenommen**

Am 13. April 2016 hat das Europäische Parlament mit großer Mehrheit dem Berichtigungshaushalt Nr. 1 für 2016 zugestimmt (584 Ja-, 64 Gegenstimmen, 33 Enthaltungen). Gegenstand des Berichtigungshaushalts sind 100 Mio. € als erste Rate des neuen 700 Mio. EUR umfassenden Instruments zur Bereitstellung von Soforthilfe innerhalb der Union im Jahreshaushalt 2016. Aus dem EU-Haushalt soll eine Soforthilfe innerhalb der EU bereitgestellt werden, um die humanitären Folgen der derzeitigen Flüchtlingskrise zu bewältigen. Die erste Rate im Rahmen dieses neuen Instruments soll durch die Umschichtung von Mitteln aus dem Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF) finanziert werden, die bereits dazu bestimmt waren, eine Lastenteilung zwischen den Mitgliedstaaten bei der Versorgung von Flüchtlingen sicherzustellen. Nach Auffassung des Parlaments sei es nicht möglich, den gesamten Betrag durch Umschichtungen aufzubringen, ohne dass darunter die Tätigkeit des AMIF leide, der in diesem Jahr mit Sicherheit unter Druck geraten und möglicherweise weitere Mittelaufstockungen benötigen werde, falls die Umsiedlungsregelung mit voller Kraft umgesetzt werde. Das Parlament sieht daher in den 100 Mio. € eine vorgezogene Bereitstellung von Mitteln, die zu einem späteren Zeitpunkt ausgeglichen werden müsse. Darüber hinaus hat das Plenum im Rahmen des Berichtigungshaushalts die Aufstockung des Personalbestands des Europäischen Zentrums zur Terrorismusbekämpfung, das bei Europol angesiedelt ist, gebilligt. Dazu werden die entsprechenden Mittel für Verpflichtungen und Mittel für Zahlungen in Höhe von 2 Mio. € aus dem Fonds für innere Sicherheit umgeschichtet.

Pressemitteilung des Europäischen Parlaments:

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/news-room/20160407IPR21769/pdf>

#### **Kommission verklagt Deutschland wegen Mehrwertsteuer-Vorschriften für Reisebüros**

Am 28. April 2016 hat die Kommission Deutschland wegen einer aus ihrer Sicht unzutreffenden Anwendung der Mehrwertsteuer-Richtlinie auf Reisebüros vor dem Gerichtshof der Europäischen Union verklagt.

Nach der geltenden Regelung gilt die Gewinnmarge (Differenz zwischen den tatsächlichen Kosten des Reisebüros und dem vom Reisenden zu zahlenden Gesamtbetrag ohne Mehrwertsteuer) als Bemessungsgrundlage. Ziel der Regelung ist es, gleiche Wettbewerbsbedingungen für Anbieter zu schaffen und Wettbewerbsverzerrungen zu beseitigen. Der Gerichtshof

hat am 26. September 2013 in der [Rechtssache C 189/11](#) entschieden, dass diese Sonderregelung nicht nur auf Reiseverkäufe von Reisebüros an privat Reisende, sondern auf Reiseverkäufe an jede Art von Kunden, einschließlich Unternehmen, Anwendung findet. In Deutschland gilt die Regelung derzeit nur für Reiseleistungen, die für Privatpersonen erbracht werden.

Deutschland gestattet den Reisebüros darüber hinaus, für alle Pauschalreisen, die sie während eines Steuerzeitraums erbringen, eine einzige Gewinnmarge anzusetzen. Nach den EU-Vorschriften müssen die Reisebüros die Nettogewinnspanne jedoch für jede Reiseleistung ermitteln. Sie dürfen dagegen keine Gesamtmarge für den gesamten durch die jeweilige Steuererklärung erfassten Zeitraum verwenden.

Pressemitteilung: [http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-16-1461\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-16-1461_de.htm)

## **5. Wirtschaft, Bau, Tourismus, Regionalpolitik, Außenhandel**

### **TTIP – 13. Verhandlungsrunde**

Vom 25.-29. April 2016 fand in New York die 13. Verhandlungsrunde zur Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft statt (siehe zur 12. Runde Briefings vom März und April 2016). Sie wurde begleitet von politischen Kontakten am Rande der Hannover-Messe, bei denen erneut die Absicht bekräftigt wurde, bis zum Ende des Jahres zu einem Abschluss zu kommen. Gleichzeitig wurde aber insbesondere von Seiten der Kommission unterstrichen, dass es keine Einigung um jeden Preis geben werde. Insbesondere als Reaktion auf die Veröffentlichung von Verhandlungstexten durch Greenpeace hat die Kommissarin auf die Vorgaben verwiesen, an die die Kommission durch das Verhandlungsmandat und die Positionen des EP gebunden sei und die insbesondere die Wahrung von EU-Standards vorsähen. Neu an den Papieren sei vor allem, dass man die US-Positionen nachlesen könne; inhaltlich seien diese aber auch vorher bekannt gewesen. Die EU-Positionen würden ohnehin seit 2014 veröffentlicht.

Die Äußerungen des Verhandlungsführers der Kommission nach der 13. Verhandlungsrunde machen deutlich, dass es zwar erneut Fortschritte in einzelnen Kapiteln gab, aber noch viele Fragen offen sind und es schwierig werden dürfte, rechtzeitig zu einer Konzentration auf die Kernfragen zu kommen, über die dann politisch entschieden werden muss („end game“).

Parallel zu der Verhandlungsrunde hat die Kommission am 27. April 2016 einen ausführlichen Sachstand über die Situation nach der 12. Verhandlungsrunde veröffentlicht.

Pressemitteilung zum Leak: <http://trade.ec.europa.eu/doclib/press/index.cfm?id=1492>

Blog Kommissarin: [http://ec.europa.eu/commission/2014-2019/malmstrom/blog\\_en](http://ec.europa.eu/commission/2014-2019/malmstrom/blog_en)

Pressestatement nach der 13. Runde: [http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2016/april/tradoc\\_154480.pdf](http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2016/april/tradoc_154480.pdf)

Sachstand 27.4.2016: [http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2016/april/tradoc\\_154477.pdf](http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2016/april/tradoc_154477.pdf)

### **TTIP - Anhörung im Europäischen Parlament**

Am 20. April 2016 fand eine gemeinsame Anhörung der Ausschüsse für Binnenmarkt und Verbraucherschutz sowie für internationalen Handel zu TTIP statt. Thema war die gegenseitige Öffnung der Beschaffungsmärkte, zu dem Vertreter der Europäischen Schienenverkehrs- bzw. Schiffsausrüstungsindustrie, der Gewerkschaften, von Universitäten und KMU eingeladen waren. Die Industrie erwartet durch TTIP größere Marktchancen auf dem amerikanischen Markt, wenn die bestehenden zahlreichen Hürden bei öffentlichen Ausschreibungen für europäische Anbieter entfallen, etwa durch den Jones Act. Die Gewerkschaften warnen vor einer Untergrabung von Arbeitnehmerrechten. Die angehörten Wissenschaftler berichteten von einer Bevorzugung lokaler Anbieter, die sich gerade für europäische KMU negativ auswirke. Dies beruhe auf politischen Vorgaben auf den verschiedenen staatlichen Ebenen. Die Vergabeverfahren müssten transparent gestaltet werden, dies schütze auch vor Korruption. Die Abgeordneten forderten eine Gegenseitigkeit bei der Marktöffnung, auch auf der Bundesstaatenebene in den USA. Der Kommissionsvertreter verwies auf den EU-Vorschlag in den Verhandlungen, ein zentrales Vergabeportal auch in den USA einzuführen.

<http://www.europarl.europa.eu/committees/en/imco/events.html?id=20160420CHE00121>

### **Leistungsbilanzüberschuss der EU28 von 9,1 Mrd. Euro im Februar**

Die EU28 verzeichnete im Februar 2016 einen saisonbereinigten Leistungsbilanzüberschuss von 9,1 Mrd. Euro, gegenüber einem Überschuss von 15,5 Mrd. im Januar 2016 und einem



Überschuss von 15,7 Mrd. im Februar 2015, laut Schätzungen von Eurostat, dem statistischen Amt der Europäischen Union. Im Februar 2016 verringerte sich der Überschuss der Warenbilanz (auf Grundlage saisonbereinigter Daten) im Vergleich zu Januar 2016 (+7,6 Mrd. gegenüber +13,4 Mrd.) und das Defizit der Sekundäreinkommensbilanz erhöhte sich (-9,3 Mrd. gegenüber -6,6 Mrd.). Der Überschuss der Dienstleistungsbilanz nahm zu (+13,5 Mrd. gegenüber +11,9 Mrd.) und das Defizit der Primäreinkommensbilanz ging zurück (-2,7 Mrd. gegenüber -3,2 Mrd.).

Pressemitteilung: <http://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/7234385/2-19042016-BP-DE.pdf/627bdbb9-ac5f-44d3-86f7-08e3e30823fb>

### **Neues EU-Vergaberecht in Kraft**

Seit dem 18. April 2016 müssen alle EU-Mitgliedstaaten das reformierte europäische Vergaberecht anwenden. Grundlage sind die drei im Februar 2014 im Amtsblatt veröffentlichten EU-Richtlinien, mit denen die Erteilung öffentlicher Aufträge und Konzessionen neu geregelt wurde (siehe zum Inhalt Briefing vom August 2013). Behörden, die bereits die neuen Vorschriften zur elektronischen öffentlichen Beschaffung (e-Procurement) anwenden, berichten über Einsparungen zwischen 5 bis 20 %.

Pressemitteilung: [http://ec.europa.eu/germany/news/neue-regeln-für-vergabe-von-öffentlichen-aufträgen-treten-kraft\\_de](http://ec.europa.eu/germany/news/neue-regeln-für-vergabe-von-öffentlichen-aufträgen-treten-kraft_de)

### **Europäische Entwicklungshilfe erreicht Rekordhöhe**

Nach Angaben des Ausschusses für Entwicklungshilfe der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD-DAC) und der Kommission finanzierten die EU und ihre Mitgliedsländer mehr als die Hälfte der gesamten der EU und der OECD-DAC gemeldeten öffentlichen Entwicklungshilfe (ODA) im Jahr 2015.

Die Höhe der europäischen ODA 2015 betrug demnach 68 Mrd. € und machte einen Anteil von 0,47 % des Bruttonationaleinkommen (BNE) der EU aus. Das entspricht einer Steigerung von 15 % gegenüber dem Vorjahr. Das von den Mitgliedsstaaten vereinbarte Ziel einer kollektiven ODA von 0,7 % des BNE überboten nur fünf Länder: Schweden (1,4 %), Luxemburg (0,93 %), Dänemark (0,85 %), die Niederlande (0,76 %) und das Vereinigte Königreich (0,71 %). Deutschland liegt mit 0,52 % des BNE unter dem vereinbarten Ziel, aber mit rund 15,6 Mrd. € in absoluten Zahlen nach Großbritannien an zweiter Stelle der EU-Mitgliedsstaaten. Die OECD bezieht in diese Zahlen auch die gemeldeten Kosten für Flüchtlinge ein, die einen wesentlichen Anteil an der Steigerung ausmachen (5,3 Mrd. € der 8,9 Mrd. € Steigerung). In einigen Staaten, wie Griechenland, Italien oder Österreich, machten diese Kosten über 20 % der gesamten ODA aus. Für Deutschland führt die OECD die flüchtlingsbezogenen Kosten mit rund 2,6 Mrd. € an, ein Anstieg von rund 2,5 Mrd. € gegenüber 2014. Dies entspricht einem Anteil von rund 17 % der gesamten deutschen ODA.

Pressemitteilung: [http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-16-1362\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-16-1362_de.htm)

## **6. Landwirtschaft, Fischerei, Umwelt, Verbraucherschutz**

### **Weg frei für freiwillige Verknappung des Milchangebots**

Seit dem 13. April 2016 dürfen anerkannte Erzeugerorganisationen, ihre Vereinigungen und anerkannten Branchenverbänden freiwillige Vereinbarungen und Beschlüsse über die Planung der Erzeugung fassen. Die Marktungleichgewichte halten trotz zahlreicher seit 2014 beschlossener Maßnahmen weiter an. Die Produktion steigt, die Absatzmärkte etwa in Russland oder China sind entweder weggebrochen oder stagnieren. Die Kommission ermöglicht daher jetzt für sechs Monate Vereinbarungen über die Planung der Erzeugung.

Text: <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32016R0559&rid=1>

### **Intervention bei Magermilchpulver und Butter**

Der Rat nahm am 15. April 2016 im schriftlichen Verfahren eine Verordnung an welche die Interventionsmenge bei Magermilchpulver und Butter verdoppelt. Bei Magermilchpulver können nunmehr 218.000 t und bei Butter 100.000 t erfasst werden.

Bericht: <http://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-7801-2016-INIT/de/pdf>  
<http://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-7611-2016-INIT/de/pdf>

### **Weitere Zunahme des Agrarhandels der EU**

Nach den von der Kommission am 18. April 2016 vorgelegten Monatszahlen beliefen sich die Agrarexporte der EU im Februar 2016 auf 10,2 Mrd. € und damit deutlich mehr als im vorangegangenen Monat und etwas mehr als im Vorjahresmonat. Die größten Zuwächse gab es beim Handel mit den USA (+15%) und China (+13,5%). Die Importe nahmen im Vergleich zum Vorjahr um 8,4% zu. Der Exportüberschuss betrug rund 16 Mrd. €.

Bericht: [http://ec.europa.eu/agriculture/trade-analysis/monitoring-agri-food-trade/2016-02\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/agriculture/trade-analysis/monitoring-agri-food-trade/2016-02_en.pdf)

### **EuRH sieht Mängel bei Kosteneffizienz von EU-Tierseuchenprogramm**

Der Europäische Rechnungshof kritisiert die Programme zur Bekämpfung von Tierseuchen als wenig effizient. Zwar gebe es beachtliche Erfolge, etwa die Verringerung der Fälle spongiformer Rinderenzephalopathie (BSE), doch seien einige Kontrollen unzureichend und einige Kosten unangemessen hoch. Geprüft wurde in sieben Mitgliedstaaten - Irland, Spanien, Frankreich, Italien, Polen, Rumänien und im Vereinigten Königreich -, auf die 72 % der Gesamtausgaben der Programme entfallen.

Pressemitteilung: [http://www.eca.europa.eu/Lists/ECADocuments/INSR16\\_06/INSR\\_ANIMAL\\_DISEASES\\_DE.pdf](http://www.eca.europa.eu/Lists/ECADocuments/INSR16_06/INSR_ANIMAL_DISEASES_DE.pdf)

### **Europäisches Parlament: Verlängerung für Glyphosat nur unter Bedingungen**

In einer am 13. April 2016 mit 374 gegen 225 Stimmen bei 102 Enthaltungen angenommenen [Entschließung](#) fordert das Europäische Parlament die Kommission auf, die im Juni 2016 auslaufende Zulassung für das Pflanzenschutzmittel Glyphosat nur unter einschränkenden Bedingungen zu verlängern. So soll die Verlängerung nur für sieben Jahre gelten (statt der vorgeschlagenen 15 Jahre). Die Verwendung im privaten Bereich soll ausgeschlossen sein, ebenso im professionellen Sektor der Einsatz zum „Erntemanagement“ sowie in der Nähe von Spielplätzen oder öffentlichen Parks. Das EP fordert eine unabhängige Überprüfung der Gesamtoxizität und der Einstufung von Glyphosat sowie die Offenlegung der wissenschaftlichen Beweise, auf deren Grundlage das Produkt durch die EFSA als nicht krebserregend eingestuft wurde.

Der Ständige Ausschuss für Pflanzen, Tiere, Lebensmittel und Futtermittel soll am 27. Mai über den Verlängerungsantrag des Herstellers entscheiden. Bisher ist nicht bekannt, welchen Vorschlag die Kommission dem Ausschuss vorlegen wird. Sollte es keine Mehrheit geben, muss die Kommission entscheiden.

Pressemitteilung: <http://www.europarl.europa.eu/news/de/news-room/201604071PR21781/Umstrittenes-Herbizid-Glyphosat-Zulassung-soll-um-nur-7-Jahre-verl%C3%A4ngert-werden>

### **Verbot von Herbiziden**

Der ständige Ausschuss für Pflanzen, Tiere, Lebens- und Futtermittel der EU hat am 15. April 2016 für das Verbot von den zwei Herbiziden Amitrol und Isoproturon gestimmt. Ihre Lizenzen sollen am 30. Juni 2016. auslaufen. Damit sollen vor allem das Grundwasser und die menschliche Gesundheit geschützt werden.

Bericht: [http://ec.europa.eu/food/plant/docs/sc\\_phyto\\_20160414\\_pppl\\_agenda.pdf](http://ec.europa.eu/food/plant/docs/sc_phyto_20160414_pppl_agenda.pdf)

### **Kommission verklagt Deutschland wegen Nitrat**

Die Kommission hat am 28. April 2016 vor dem Gerichtshof der EU Klage gegen Deutschland wegen unzureichender Maßnahmen gegen die Gewässerverunreinigung durch Nitrat erhoben. Der heutige Beschluss folgt auf eine mit Gründen versehene Stellungnahme, die den deutschen Behörden im Juli 2014 übermittelt wurde (siehe Briefing vom September 2014). Die von Deutschland zuletzt im Jahr 2012 übermittelten Zahlen sowie mehrere Berichte deutscher Behörden aus jüngster Zeit zeigen eine wachsende Nitratverunreinigung des Grundwassers und der Oberflächengewässer, einschließlich der Ostsee. Deutschland habe noch immer keine hinreichenden Maßnahmen getroffen, um seine Regelungen an die für Nitrat geltenden EU-Vorschriften anzupassen (Richtlinie 91/676/EWG des Rates). Auch im Rahmen der laufenden Überarbeitung des nationalen Aktionsprogramms werde die Verunreinigung der Gewässer durch Nitrat nicht ausreichend angegangen.

Pressemitteilung: [http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-16-1453\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-16-1453_de.htm)

### **EuRH: Wenig Erfolg bei Maßnahmen gegen Eutrophierung der Ostsee**

Wie aus einem neuen Bericht des Europäischen Rechnungshofs (EuRH) hervorgeht, hatten die Maßnahmen der EU zur Reduzierung der Nährstoffbelastung der Ostsee nur eine begrenzte Wirkung. Die Prüfer stellten fest, dass es den Plänen der Mitgliedstaaten an Ehrgeiz und geeigneten Indikatoren fehlt. „Die Investitionen in die Abwasserinfrastruktur waren nur teilweise wirksam, die landwirtschaftlichen Maßnahmen entsprechen in ihrem Umfang nicht dem Problem, und der Mehrwert der EU-Strategie für den Ostseeraum ist schwer einzuschätzen.“ Die Ostsee ist eines der am stärksten verschmutzten Meere der Welt. Acht Mitgliedstaaten der EU (Dänemark, Deutschland, Estland, Finnland, Lettland, Litauen, Polen und Schweden) sowie Russland grenzen an die Ostsee an.

Pressemitteilung: [http://www.eca.europa.eu/Lists/ECADocuments/INSR16\\_03/INSR\\_BAL-TIC\\_DE.pdf](http://www.eca.europa.eu/Lists/ECADocuments/INSR16_03/INSR_BAL-TIC_DE.pdf)

### **EuGH annulliert Zuweisung von kostenlosen Emissionszertifikaten**

Der Europäische Gerichtshof stellte die Ungültigkeit der von der Kommission für den Zeitraum 2013 bis 2020 festgesetzten jährlichen Höchstmenge an kostenlosen Treibhausgasemissionszertifikaten fest. Die Kommission hat für die Festlegung einer neuen Menge zehn Monate Zeit, wobei die bis dahin erfolgten Zertifikatszuteilungen nicht in Frage gestellt werden können.

Pressemitteilung: <http://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2016-04/cp160047de.pdf>

### **UN-Zeremonie zur Unterzeichnung des Pariser Klimaschutzabkommens**

Am 22. April 2016 unterzeichneten die ersten Länder das Pariser Klimaschutzabkommen. Das Abkommen tritt in Kraft, wenn es mindestens 55 Staaten ratifiziert haben und diese Staaten mindestens 55 Prozent der weltweiten Emissionen abdecken.

Mitteilung: [http://ec.europa.eu/germany/news/terminvorschau\\_de](http://ec.europa.eu/germany/news/terminvorschau_de)  
<http://newsroom.unfccc.int/paris-agreement/april-22-paris-agreement-signing-ceremony-in-new-york/>

### **EuG lehnt Schadenersatz für italienische Fischer wegen Fangverbot ab**

Das Europäische Gericht wies die von italienischen Fischern wegen des von der Kommission 2008 ausgesprochenen vorzeitigen Verbots der Fischerei auf Roten Thun erhobene Schadensersatzklage ab. Zwar wurden die italienischen Fischer – ebenso wie die zyprischen, französischen, griechischen und maltesischen Fischer – dadurch gegenüber den spanischen Fischern benachteiligt, doch liege darin kein die außervertragliche Haftung der Europäischen Union auslösender hinreichend qualifizierter Verstoß gegen das Diskriminierungsverbot.

Pressemitteilung: <http://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2016-04/cp160046de.pdf>

## **7. Bildung, Wissenschaft, Kultur**

### **Präsentation Wendelstein 7-X in Brüssel**

Am 26. April 2016 fand auf Einladung des Max-Planck-Instituts für Plasmaphysik und des Informationsbüros Mecklenburg-Vorpommern eine Veranstaltung zum Thema „Wendelstein 7-X und die Bedeutung der Grundlagenforschung für die Energie der Zukunft“ in Brüssel statt. Forscher und Politiker diskutierten (nicht nur) die Frage, welchen Beitrag Wendelstein 7-X für die Entwicklung eines Fusionskraftwerkes leisten soll und ob die Fusion von Wasserstoff zur Sonnenenergie der Zukunft führt oder ein Traum bleibt.

Die Veranstaltung war gut und hochrangig besucht, u.a. von Europaabgeordneten, von Experten der in Brüssel ansässigen nationalen und internationalen wissenschaftlichen Organisationen, Stiftungen und Industrieverbände sowie Mitarbeitern der Kommission. In der lebhaften Diskussion ging es nicht nur um die wissenschaftlich technischen Aspekte der Greifswalder Anlage; erörtert wurde auch die Förderung und Unterstützung einer Grundlagenforschung, die Baustein einer angewandten Forschung verstanden wird, sowie ein Schul- und Bildungssystem, das künftige Wissenschaftler und Forscher heranzieht.

### **Aktualisierung des Open-Access-Leitfadens**

Die Kommission hat eine aktualisierte Version des Leitfadens für Open Access zu wissenschaftlichen Publikationen und zu Forschungsdaten veröffentlicht.

Link: [http://ec.europa.eu/research/participants/data/ref/h2020/grants\\_manual/hi/oa\\_pilot/h2020-hi-oa-pilot-guide\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/research/participants/data/ref/h2020/grants_manual/hi/oa_pilot/h2020-hi-oa-pilot-guide_en.pdf)

### **Konsultation zum Arbeitsprogramm „Wissenschaft für und mit der Gesellschaft“**

Die Kommission hat am 11. April 2016 eine öffentliche Konsultation zum Arbeitsprogramm 2018/20 des Horizont 2020 Teilprogramms „Wissenschaft für und mit der Gesellschaft, 'Science with and for Society' (SWAFS)“ eröffnet, die bis zum 4. Juli 2016 läuft. Das Programm soll Kooperationen zwischen Wissenschaft und der Gesellschaft schaffen, talentierte Nachwuchskräfte gewinnen und wissenschaftliche Exzellenz mit sozialem Verantwortungsbewusstsein verbinden. Besonderes Interesse besteht an der Beteiligung von Vereinen, Unternehmen, Forschungseinrichtungen, politischen Entscheidungsträgern, Hochschulen, Wissenschaftsmuseen und Wissenschaftsläden, Exzellenzzentren, kommunalen und regionalen Behörden, Innovatoren und anderen Beteiligten. Das Programm soll bis Ende 2016 ausgearbeitet und im ersten Halbjahr 2017 angenommen werden.

Konsultation (englisch): [http://ec.europa.eu/research/consultations/swafs-wp2018-2020/consultation\\_en.htm](http://ec.europa.eu/research/consultations/swafs-wp2018-2020/consultation_en.htm)

### **Hochschulranking „U-Multirank“: EMAU Greifswald unter „Top 25“**

Am 4. April 2016 hat die Kommission die dritte Ausgabe des interaktiven Hochschulrankings „U-Multirank“ präsentiert (siehe zuletzt Briefing vom Mai 2015). Das Ranking soll einen Fokus auf die Stärken der europäischen Hochschulen legen und so ein Gegengewicht zu anderen Rankings setzen, die in der Regel von amerikanischen Universitäten dominiert werden. Als Grundlage dienen neben internationalen Patent- und Bibliometrie-Datenbanken, die von 1.300 teilnehmenden Universitäten und Hochschulen für angewandte Wissenschaften aus über 90 Ländern weltweit eingereichten Daten sowie Befragungen von Studierenden. In zehn Sparten werden die jeweils 25 besten Hochschulen in Bezug auf das jeweilige Bewertungskriterium gelistet.

Die Universität Greifswald hat es in die „Top 25“ in der Kategorie „Interdisziplinäre Forschung“ geschafft.

[http://www.umultirank.org/cms/wp-content/uploads/2016/04/UMR-Top-25-Performers-Lists\\_2016.pdf](http://www.umultirank.org/cms/wp-content/uploads/2016/04/UMR-Top-25-Performers-Lists_2016.pdf)

### **EP fordert Vereinfachungen bei Mobilitätsprogrammen wie Erasmus+**

In einer am 12. April 2016 verabschiedeten Entschließung hat das Europäische Parlament eine erste Bilanz des Programms Erasmus+ und anderer Instrumente zur Förderung der Mobilität in der beruflichen Aus- und Weiterbildung gezogen. Das EP spricht sich für erhebliche Vereinfachungen bei der Umsetzung aus, um die Erfolgsquote von Anträgen anzuheben. Dies gelte etwa für die Nutzung elektronischer Hilfsmittel zum Mobilitätsmanagement. Die Sensibilität für den Wert von Mobilitätsprogrammen in allen allgemeinen und beruflichen Bildungseinrichtungen müsse erhöht werden und zielgerichtete Informationen und Schulungen für Nutzer und Vermittler der Programme und Maßnahmen angeboten werden.

Text der Entschließung: <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P8-TA-2016-0107+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

### **Europäisches Kulturforum 2016**

Am 19. und 20.04. veranstaltete die Europäische Kommission das „European Culture Forum 2016“ unter dem Motto „Talente und Kreativität für ein stärkeres und inklusiveres Europa“. Diskutiert wurde über die gesellschaftspolitische Bedeutung des interkulturellen Dialogs, die Bedeutung kultureller Werte in Europa aktuell, aber auch über die Wichtigkeit der Verbindung von Kultur und Bildung sowie Kultur und Forschung.

Die Kommission kündigte bei dieser Gelegenheit offiziell das Europäische Kulturerbejahr 2018 an. Damit soll die europäische Dimension des kulturellen Erbes mehr ins Bewusstsein rücken. Das Kulturerbejahr entspricht auch einer gemeinsamen Anregung des Bundes, der Länder sowie der kommunalen Spitzenverbände in Deutschland.



Ankündigung der Kommission: [http://ec.europa.eu/culture/news/2016/0414-proposal-year-cultural-heritage-2018\\_en.htm](http://ec.europa.eu/culture/news/2016/0414-proposal-year-cultural-heritage-2018_en.htm)

### **Start der Kampagne „Europeana 280“**

Am 21. April 2016 ist die Kampagne „Europeana 280“ gestartet. Gemeinsam mit den Mitgliedstaaten will die Kommission damit das Interesse und das Engagement der Europäer für ihre Kunstschatze und ihr gemeinsames kulturelles Erbe wecken. Grundlage ist die kunsthistorische Sammlung der europäischen digitalen Bibliothek Europeana, ein gemeinsames Projekt der Kommission und der Mitgliedstaaten, das digitale Bestände aus Museen, Bibliotheken, Archiven und audio-visuellen Sammlungen zugänglich macht. Etwa 1.500 Institutionen tragen zur Europeana bei, viele der deutschen Beiträge stammen aus der Deutschen Digitalen Bibliothek. Für die aktuelle Kampagne haben alle 28 Mitgliedstaaten jeweils 10 Werke zur Verfügung gestellt, die es virtuell zu entdecken gilt. Darüber hinaus tourt die Kampagne durch mehrere Städte Europas.

Link: <http://www.europeana.eu/portal/>

<http://blog.europeana.eu/2016/04/get-set-europeana280-join-us-as-we-celebrate-europes-art-history-the-digital-way/>

## **8. Energie, Verkehr, Infrastruktur, Landesplanung**

### **Europäisches Gericht: Deutsches EEG 2012 enthielt staatliche Beihilfe**

Das Europäische Gericht (EuG) hat am 10. Mai 2016 die Klage der Bundesrepublik Deutschland gegen die Entscheidung der Kommission abgewiesen, mit der diese im November 2014 das Erneuerbare Energien-Gesetz von 2012 (EEG 2012) als (zum Teil unzulässige) staatliche Beihilfe eingestuft hatte (siehe Briefings vom Januar 2014 und Januar 2015). Das Gericht stimmt der Einschätzung der Kommission zu, dass die deutsche Umlageverordnung alle Merkmale einer staatlichen Beihilfe erfüllt und daher einer Genehmigung bedurfte. Diese Genehmigung hatte die Kommission für die meisten Regelungen des EEG 2012 erteilt, allerdings bei den Vorschriften über die Befreiung von Unternehmen Grenzen gezogen, da sie eine zu großzügige Freistellung oder Überkompensation sah. Gegen das Urteil kann Deutschland Rechtsmittel beim EuGH einlegen.

Pressemitteilung: <http://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2016-05/cp160049de.pdf>

Text des Urteils: <http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=177881&pageIndex=0&doclang=de&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=460813>

### **Unzulänglichkeiten bei Stromkapazitätsmechanismen**

Die Kommission hat am 13. April 2016 einen Zwischenbericht zu der im April 2015 eingeleiteten Sektoruntersuchung zu den sogenannten Kapazitätsmechanismen vorgelegt (siehe Briefing vom Mai 2015). Sie kommt zu dem Ergebnis, dass diese zwar die Stromversorgungssicherheit erhöhen können, die Mitgliedstaaten aber sorgfältiger prüfen müssen, ob derartige Maßnahmen überhaupt notwendig sind und ob sie zielgerichtet und kosteneffizient ausgestaltet wurden.

Pressemitteilung: [http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-16-1372\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-16-1372_de.htm)

### **Rat und Parlament erzielen Einigung zur politischen Säule des 4. Eisenbahnpakets**

Am 19. April 2016 erzielten der Rat und das EP eine informelle Einigung zur „politischen Säule“ des vierten Eisenbahnpakets. Diese sieht insbesondere vor, dass der inländische Schienenpersonenverkehr in den Mitgliedstaaten schrittweise für den Wettbewerb geöffnet werden soll. Monopole sollen abgebaut werden und Eisenbahnunternehmen in der gesamten EU Schienenverkehrsdienste anbieten können. Ab 2020 sollen dann neue Marktteilnehmer kommerzielle Dienste anbieten und ab 2023 die zuständigen Behörden öffentliche Dienstleistungsaufträge im Schienenverkehr europaweit ausschreiben. Bis dahin bleibt die Direktvergabe von

öffentlichen Aufträgen zum Personenzugverkehr aber für bis zu zehn Jahren weiterhin möglich. Bestehende Transportaufträge dürfen bis zum vereinbarten Endtermin laufen, auch wenn diese kurz vor Ende der Übergangsfrist ohne Ausschreibung bis 2033 vergeben würden. Im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) sollen Direktvergaben von Transportaufträgen grundsätzlich unbegrenzt möglich bleiben. Von der Ausschreibungspflicht sind kleine Anbieter und Märkte ebenfalls unter Beachtung bestimmter Mindestkriterien befreit. Zudem soll der Wettbewerb die Unternehmen dazu motivieren, durch innovative Angebote besser auf die Kundenbedürfnisse einzugehen. Das Gesetzespaket sieht strengere Regeln für die Trennung von Schieneninfrastrukturbetreibern und Bahnverkehrsanbietern vor, die wie im Fall der Deutschen Bahn zum gleichen Konzern gehören. Die von der Kommission ursprünglich angestrebte Zerschlagung integrierter Konzernstrukturen hat sich allerdings nicht durchgesetzt. Die Kommission hob anlässlich der Einigung der Gesetzgeber hervor, dass durch die schrittweise Öffnung der inländischen Schienenverkehrsmärkte zur Vervollständigung des Binnenmarktes beigetragen werde. Zur technischen Säule wurde das Verfahren zwischen Rat und EP am 30. Juni 2015 erfolgreich abgeschlossen. Die formelle Verabschiedung des gesamten vierten Eisenbahnpakets soll bis Herbst 2016 erfolgen.

Pressemitteilung des Rates:

<http://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2016/04/19-opening-railway-market-infrastructure-governance/>

Pressemitteilung der Kommission: [http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-16-1382\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-16-1382_de.htm)

### **Verkehrsminister wollen „intelligente und nachhaltige Mobilität“ voranbringen**

Am 14. und 15. April 2016 tagten in Amsterdam die EU-Verkehrs- und Umweltminister gemeinsam zum Thema intelligente und nachhaltige Mobilität. In einer „Erklärung von Amsterdam über Kooperation im Bereich vernetztes und automatisiertes Fahren“ werden dazu gemeinsame Ziele definiert:

- Aufstellung eines europäischen Rechtsrahmens für den Einsatz vernetzter und automatisierter Fahrzeuge bis 2019,
- Verbindung von verschiedenen Entwicklungsansätzen im Bereich Mobilität (z. B. Straßenverkehrssicherheit, Verkehrsmanagement und Umweltschutz),
- Förderung des grenzüberschreitenden Informationsaustausches und die Erstellung gemeinsamer Leitlinien,
- Stärkung Europas in diesem Technologiefeld und
- Sicherstellung des Datenschutzes.

Dazu gehören u. a. die Harmonisierung der internationalen, europäischen und nationalen Regelungen, die Festlegung von Standards für die Kommunikation zwischen Fahrzeugen und mit Infrastrukturen (z. B. durch Nutzung der Satellitennavigationssysteme GALILEO und EGNOS), die Förderung der Akzeptanz für diese Technologien sowie eine stärkere Zusammenarbeit mit Japan und den USA. Der EU-Rechtsrahmen soll entsprechend angepasst und die Forschung unterstützt werden. Die neuen Technologien sollen in ganz Europa kompatibel sein.

Zur Einbeziehung der Luft- und Schifffahrt in die UN-Klimaziele (COP 21) setzt die EU die Generalversammlung der „International Civil Aviation Organization“ (ICAO) im Herbst diesen Jahres bzw. die Bemühungen der „International Maritime Organization“ (IMO).

Pressemitteilung des Rates: <http://deutsch.eu2016.nl/aktuelles/nachrichten/2016/04/15/eu-mitgliedstaaten-setzen-auf-globale-massnahmen-zur-verringerung-der-co2-emissionen-in-der-luft--und-schifffahrt>

Erklärung von Amsterdam:

<http://deutsch.eu2016.nl/dokumente/publicaties/2016/04/14/declaration-of-amsterdam>

### **Kommission geht gegen deutsche PKW-Maut und britische LKW-Maut vor**

Am 28. April 2016 hat die Kommission Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland und das Vereinigte Königreich fortgesetzt bzw. eingeleitet, da sie die vorgesehenen Straßennutzungsgebühren für unvereinbar mit dem EU-Binnenmarkt hält. Straßennutzungsgebühren dürften innerhalb der EU nicht zu einer Diskriminierung zwischen einheimischen und Autofahrern aus anderen Mitgliedsstaaten führen.



In Bezug auf das deutsche Gesetz zur Einführung einer Straßennutzungsgebühr für PKW vom Juni 2015 sieht die Kommission eine Diskriminierung in der de facto-Befreiung deutscher Nutzer (über eine Senkung der Kfz-Steuer) sowie der überproportional hohen Preise für Kurzzeitt vignetten, die typischerweise für ausländische Nutzer vorgesehen sind.

Die im April 2014 eingeführte Vignette für Lastkraftwagen im Vereinigten Königreich diskriminiert nach Auffassung der Kommission Spediteure, die nicht aus dem Vereinigten Königreich stammen. Die Kommission fordert von den britischen Behörden weitere Erklärungen.

Pressemitteilung: [http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-16-1456\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-16-1456_de.htm)

### **Breitband: EU-Kommission prüft Vectoring-Pläne der Telekom**

Die Kommission hat am 10. Mai 2016 ein Prüfverfahren eingeleitet, in dem untersucht werden soll, ob die Deutsche Telekom ihr Netz mit Vectoring-Technologie ausbauen darf. Dies hat die Bundesnetzagentur vorgeschlagen, um kurzfristig höhere Breitband-Geschwindigkeiten in ganz Deutschland zu erreichen. Wegen der Komplexität des Themas und der langfristigen Auswirkungen einer solchen Entscheidung hält die Kommission eine gründliche Prüfung für geboten. Die Vectoring-Technologie wird anstelle von Glasfaser-Netzwerken als Zwischenlösung verwendet, um höhere Breitband-Geschwindigkeiten zu erreichen. Allerdings funktioniert die Technologie nur, wenn sie auf ein ganzes Bündel von Kupferkabeln angewendet wird. Die Kommission erkennt an, dass der Vorschlag der Bundesnetzagentur für 1,4 Millionen Haushalte erstmals Verbindungsgeschwindigkeiten von über 50 Mbit/s bereitstellen würde.

Gleichzeitig befürchtet die Kommission allerdings eine einschränkende Wirkung auf alternative Betreiber. Im Ergebnis der Untersuchung kann die Kommission Empfehlungen im Rahmen der EU-Telekommunikationsvorschriften erlassen und die Bundesnetzagentur auffordern, ihren Vorschlag zu ändern oder zurückzuziehen.

Pressemitteilung:

[http://ec.europa.eu/germany/news/breitband-eu-kommission-pr%C3%BCft-vectoring-pl%C3%A4ne-der-telekom\\_de](http://ec.europa.eu/germany/news/breitband-eu-kommission-pr%C3%BCft-vectoring-pl%C3%A4ne-der-telekom_de)

## **9. Beschäftigung, Soziales, Jugend, Gesundheit**

### **Eurostat: Erwerbslosenquoten in den Regionen der EU 2015 zwischen 2,5% und 34%**

Eurostat hat am 28. April 2016 die auf Regionen heruntergebrochene Arbeitslosenstatistik für das Jahr 2015 veröffentlicht. Die Arbeitslosigkeit ist sowohl im EU-Durchschnitt als auch in den meisten Mitgliedstaaten z. T. erheblich zurückgegangen, die Unterschiede sind allerdings weiterhin erheblich. Im EU-Durchschnitt fiel die Quote von 10,2 auf 9,4 %. Eine Zunahme verzeichnen nur drei Mitgliedstaaten: Frankreich, Österreich und Finnland. In 60 Regionen, darunter 24 in Deutschland und 21 in Großbritannien, liegt die Quote unterhalb der Hälfte des EU-Durchschnitts (d.h. unter 4,7 %), in 29 Regionen dagegen oberhalb des doppelten (also über 18,8 %), davon 11 in Griechenland und 10 in Spanien.

Nach den am 29. April 2016 von Eurostat vorgelegten Zahlen lag im März 2016 die saisonbereinigte Arbeitslosigkeit in den EU-28 bei 8,8%, im Euroraum bei 10,2%. Deutschland und die tschechische Republik haben mit einer Arbeitslosigkeit von 4,2 bzw. 4,1 % die geringsten Werte. Die höchsten Quoten gibt es weiter in Spanien und Griechenland. Die Jugendarbeitslosigkeit ist trotz eines leichten Rückgangs immer noch hoch: 19,1% in der EU28 und 21,2% im Euroraum (März 2015: 20,9% bzw. 22,7%).

Die höchsten Quoten registrierten Griechenland (51,9%), Spanien (45,5%) und Kroatien (39,0%). In Polen beträgt die Jugendarbeitslosigkeit 19,5%.

Pressemitteilungen:

<http://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/7241279/1-28042016-BP-DE.pdf/a26f0f5f-e89b-463f-b56b-099f641a787c>

<http://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/7244020/3-29042016-AP-DE.pdf/d0a996c7-38bb-43a3-b684-893146db531f>

### **Steigende Beschäftigungszahlen für ältere Arbeitnehmer**

Nach dem am 12. April 2016 von der Kommission vorgelegten vierteljährlichen Beschäftigungsbericht ist die Erwerbsquote der 60- bis 64-Jährigen zum ersten Mal seit Jahrzehnten ähnlich hoch wie die der 15- bis 24-Jährigen. Allerdings gibt es große Unterschiede zwischen den Mitgliedsländern. Europaweit hat die Beschäftigungsrate wieder ihr Level von vor der Krise

erreicht, zeigt aber große Unterschiede zwischen den Mitgliedsländern: von 55 % in Griechenland bis zu 80 % in Deutschland, Estland und Schweden. Die Arbeitslosigkeit geht weiter zurück, es gibt mittlerweile 4,9 Millionen weniger Arbeitslose als auf dem Höchststand im April 2013.

Pressemitteilung: <http://ec.europa.eu/social/main.jsp?langld=de&catId=89&newsId=2517&furtherNews=yes>

Bericht (englisch): <http://ec.europa.eu/social/BlobServlet?docId=15397&langId=en>

### **Europäisches Parlament fordert integrierten Ansatz bei der Armutsbekämpfung**

In einer Entschließung vom 14. April 2016 fordert das Parlament die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, sich umfassend für die Minderung von Armut und sozialer Ausgrenzung zu engagieren und eine integrierte Strategie anzunehmen, um die unterschiedlichen Formen dieser Phänomene durch einen ganzheitlichen Ansatz bei der Wirtschafts-, Bildungs-, Beschäftigungs-, Energie-, Verkehrs- und Sozialpolitik auf der Grundlage bewährter Verfahren zu bekämpfen.

Beschluss: <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P8-TA-2016-0136+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

### **Europäisches Parlament fordert weitere Maßnahmen gegen den Zika-Virus**

In einer am 13. April 2016 verabschiedeten Entschließung fordert das Europäische Parlament die Kommission auf, einen Aktionsplan zur Vorbeugung der Ausbreitung des Zika-Virus in Europa vorzulegen. Darin sollen Maßnahmen zur Unterstützung von Mitglied- und Drittstaaten bei der Bekämpfung der Epidemie in den am schwersten betroffenen Regionen, zu denen in erster Linie die Karibik und Zentral- und Südamerika zählen, ausgearbeitet werden. Ein solcher sollte die gezielte und ausreichende kostenlose Verbreitung von mechanischen Barrieren wie Netzen und Kondomen umfassen. Die Kommission soll im Falle einer Förderung der Forschung durch die EU sicherstellen, dass die erzielten Ergebnisse frei von Rechten des geistigen Eigentums sind und die entwickelten Produkte zu erschwinglichen Preisen angeboten werden.

Entschließung: <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P8-TA-2016-0122+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

## **10. Meerespolitik, Ostsee**

### **Europäischer Tag der Meere 2016 in Turku**

Der diesjährige Europäische Tag der Meere findet am 18./19. Mai 2016 in Turku statt. Schwerpunktthemen sind intelligente und nachhaltige Lösungen für Blaues Wachstum, Verwaltung im maritimen Bereich, saubere Energie sowie die Entwicklung von maritimer Ausbildung, jeweils unter Berücksichtigung regionaler Besonderheiten und mit dem Ziel gemeinsamer Aktionen. Aus Mecklenburg-Vorpommern werden die Staatskanzlei und das Wirtschaftsministerium vor Ort sein.

Internetseite: <http://ec.europa.eu/maritimeaffairs/maritimeday/>

### **Sitzung des „Forums Ostsee MV“ zur Tourismuskoooperation**

Am 9. Mai 2016 fand in Rostock die 6. Sitzung des Forums Ostsee MV statt. Im Mittelpunkt der Veranstaltung, die gemeinsam von Staatskanzlei, Ministerium für Wirtschaft, Bau und Tourismus und Tourismusverband Mecklenburg-Vorpommern e.V. organisiert wurde, stand das Thema Tourismuszusammenarbeit im Ostseeraum. Vorgestellt und diskutiert wurden hierzu die Aktivitäten im Ostsee-Tourismusforum, die Antragstellung für das Ostsee-Tourismuscenter und der Umsetzungsprozess im Politikbereich Tourismus in der EU-Ostseestrategie. Zudem präsentierten sich zehn Tourismusprojekte und –projektvorhaben, bspw. aus den Bereichen Sportboothäfen, Angeltourismus, Kreuzfahrttourismus oder dem naturnahen Tourismus. Beleuchtet wurden auch die Fördermodalitäten für Tourismusvorhaben in den INTERREG-Programmen Südliche Ostsee und Mecklenburg-Brandenburg-Polen. Insgesamt nahmen ca. 70 Personen an der Veranstaltung teil.

Weitere Informationen werden in Kürze auf Europa-MV eingestellt: [http://www.europa-mv.de/cms2/Europamv\\_prod/Europamv/de/ostsee/Forum\\_Ostsee\\_M-V/index.jsp](http://www.europa-mv.de/cms2/Europamv_prod/Europamv/de/ostsee/Forum_Ostsee_M-V/index.jsp)

### **Veranstaltung der BSH zu „Blaues Wachstum“ und Interreg**

Am 10. Mai 2016 richtete das Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie (BSH) in Hamburg eine Veranstaltung zum Blauen Wachstum statt. Die Veranstaltung diente – als dritte in einer Reihe von fünf Veranstaltungen unter dem Motto „Europäische Zusammenarbeit schafft Mehrwert!“ – sowohl der Vernetzung von Akteuren für „Blaues Wachstum“ als auch der Information über Interreg. Ziel ist die Erschließung von bislang nicht hinreichend genutzten Potentialen von europäischen Meeren und Küsten für Wachstum und Beschäftigung. Unter anderem stellte sich das „Submariner-Netzwerk“ vor, das sich aus einem Projekt der letzten Förderperiode entwickelt hat und in dem auch BioConValley aus Mecklenburg-Vorpommern Mitglied ist. An verschiedenen Thementischen wurden bestimmte Schwerpunkte näher beleuchtet:

- Maritime und küstennahe Raumordnung
- Wertschöpfungsketten in der Blauen Biotechnologie
- Wirtschaftliche Entwicklung von Küstenregionen/Tourismus.

Besonderer Fokus galt der Information über die Interreg-Programme Nordsee und Ostsee. Im Ostseeprogramm ist Blaues Wachstum einer der Förderschwerpunkte. Das BMVI fördert zudem in Anschubfinanzierung die Entwicklung von Projekten. Die nächste Ausschreibungsrunde endet im Juli 2016, eine weitere im Oktober 2016.

Programm: [http://www.interreg.de/INTERREG2014/DE/Aktuelles/Veranstaltungen/News/VeranstreihelnterregB\\_10Mai16\\_Allg.html?nn=798080](http://www.interreg.de/INTERREG2014/DE/Aktuelles/Veranstaltungen/News/VeranstreihelnterregB_10Mai16_Allg.html?nn=798080)

Ausschreibung: [http://www.interreg.de/INTERREG2014/DE/Aktuelles/Meldungen/News/Bu-pro\\_AufrufJuli2016\\_19Call\\_Allg.html;jsessionid=D83B62FEB852C46B2353F1730E841D9B.live2051](http://www.interreg.de/INTERREG2014/DE/Aktuelles/Meldungen/News/Bu-pro_AufrufJuli2016_19Call_Allg.html;jsessionid=D83B62FEB852C46B2353F1730E841D9B.live2051)

### **KPKR-Seminar und EP-Intergroup diskutieren „Blaue Wirtschaft“**

Die KPKR hat am 19. April 2016 in Brüssel ein Seminar zur Blauen Wirtschaft ausgerichtet, in dem es u.a. um mögliche Projekte für die kurz zuvor veröffentlichte Ausschreibung der Kommission ging (siehe Briefing vom April 2016).

Die interfraktionelle Gruppe für Meere und Küstengebiete des Europäischen Parlaments (SEARICA) veranstaltete am 20. April 2016 ein Rundtisch-Gespräch zu den Themen „Europäische Gesetzgebung im maritimen Bereich“ bzw. „Synergien zwischen EU-Programmen zur Förderung maritimer Akteure“. Gegenstand war eine kritische Bestandsaufnahme der geltenden Regelungen sowie ein Erfahrungsaustausch über die Nutzung verschiedener Fördermöglichkeiten. Fast allen Beiträgen war die Erkenntnis gemein, dass sowohl die Gesetzgebung als auch die Förderung überwiegend sektoral ausgerichtet sind und es an wirklich integrierten Ansätzen mangelt. Als Gründe dafür wurden etwa Abstimmungsdefizite sowohl vertikal (international, europäisch, national,...) als auch horizontal identifiziert, auch etwa zwischen verschiedenen Institutionen oder gar zwischen Diensten innerhalb der Kommission.

### **EuRH: Wenig Ehrgeiz und Erfolg bei Maßnahmen gegen Eutrophierung der Ostsee**

Nach einem vom Europäischen Rechnungshof (EuRH) am 12. April 2014 vorgelegten Bericht hatten die Maßnahmen der EU zur Reduzierung der Nährstoffbelastung der Ostsee nur eine begrenzte Wirkung. Die Prüfer stellten fest, dass es den Plänen der Mitgliedstaaten an Ehrgeiz und geeigneten Indikatoren fehlt. Die Investitionen in die Abwasserinfrastruktur seien nur teilweise wirksam gewesen, die landwirtschaftlichen Maßnahmen entsprächen in ihrem Umfang nicht dem Problem, und der Mehrwert der EU-Strategie für den Ostseeraum sei schwer einzuschätzen. Die Ostsee ist eines der am stärksten verschmutzten Meere der Welt.

Pressemitteilung: [http://www.eca.europa.eu/Lists/ECADocuments/INSR16\\_03/INSR\\_BALTIC\\_DE.pdf](http://www.eca.europa.eu/Lists/ECADocuments/INSR16_03/INSR_BALTIC_DE.pdf)

Bericht: [http://www.eca.europa.eu/Lists/ECADocuments/SR16\\_03/SR\\_BALTIC\\_DE.pdf](http://www.eca.europa.eu/Lists/ECADocuments/SR16_03/SR_BALTIC_DE.pdf)

## **11. Medien, Digitaler Binnenmarkt**

### **Kommission veröffentlicht Maßnahmenpaket zum digitalen Binnenmarkt**

Am 19. April 2016 hat die Kommission im Rahmen ihrer Strategie zur Schaffung eines digitalen Binnenmarktes ein Maßnahmenpaket zur Digitalisierung der europäischen Industrie vorgelegt. Dazu sieht die Kommission ein umfassendes Digitalisierungskonzept auf europäischer Ebene

vor, das einer Fragmentierung der Märkte entgegen wirken soll. Das Paket besteht aus vier Mitteilungen und drei Arbeitspapieren der Kommission.

Das Konzept sieht u.a. vor:

- die Koordinierung nationaler und regionaler Initiativen zur Digitalisierung der Wirtschaft mit einer entsprechenden Koordinierungsstruktur,
- Investitionen in öffentlich-private Partnerschaften unter Nutzung der Möglichkeiten, die der EU-Investitionsplan und die Europäischen Struktur- und Investitionsfonds bieten,
- Investition von 500 Mio. EUR in ein unionsweites Netz von Technologie-Exzellenzzentren (sog. „Digital Innovation Hubs“), in denen Unternehmen digitale Innovationen testen und sich beraten lassen können,
- Pilotprojekte für Technologien, die für das Internet der Dinge, moderne Fertigungstechniken und Technologien in den Bereichen intelligente Städte und Häuser, vernetzte Fahrzeuge und mobile Gesundheitsdienste benötigt werden,
- Rechtsvorschriften, die den freien Datenfluss unterstützen und die Eigentumsverhältnisse an Daten klären, die durch Sensoren und intelligente Geräten generiert werden. Darüber die Regelungen für Sicherheits- und Haftungsfragen von autonomen Systemen überprüft werden,
- die berufliche Qualifizierung für die Arbeitsplätze im digitalen Zeitalter.

Teil des Pakets ist auch die Europäische Cloud-Initiative. Die Kommission rechnet damit, dass als 50 Mrd. EUR an öffentlichen und privaten Investitionen für die Digitalisierung der Industrie mobilisiert werden können.

Pressemitteilung: [http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-16-1407\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-16-1407_de.htm)

### **Barrierefreier Zugang zu Webseiten öffentlicher Stellen**

Am 3. Mai 2016 einigten sich das Europäische Parlament, der Rat und die Kommission auf die Richtlinie über den barrierefreien Zugang zu Webseiten öffentlicher Stellen (siehe Briefing vom 6. Mai 2015). Mit der Richtlinie soll der Zugang zu Webseiten und Apps öffentlicher Stellen, insbesondere für blinde, gehörlose und schwerhörige Menschen, erleichtert werden. Die Regelungen gelten für Webseiten und Apps öffentlicher Stellen mit wenigen Ausnahmen (z. B. Rundfunkanstalten, Echtzeitübertragungen) und legen Standards fest, durch die Webseiten und Apps leichter zugänglich gemacht werden sollen. Beispielsweise werden für Bilder Textbausteine verfügbar sein müssen oder das Durchblättern von Webseiten ohne die Nutzung der Maus muss möglich sein. Die Mitgliedstaaten sollen ihre Webseiten und Apps regelmäßig überprüfen und darüber Bericht erstatten. Der Text muss noch förmlich im Gesetzgebungsverfahren angenommen werden.

Pressemitteilung: [http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-16-1654\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-16-1654_de.htm)

## **12. Laufende Konsultationen** (wenn nicht im Text erwähnt)

### **Unternehmen, Binnenmarkt:**

[Öffentliche Konsultation zur Entwicklung einer Weltraumstrategie für Europa](#)

19.04.2016 – 12.07.2016

[Offene öffentliche Konsultation im Rahmen der Eignungsprüfung in der Bauwirtschaft](#)

23.03.2016 – 20.06.2016

[Öffentliche Konsultation im Rahmen der Start-up-Initiative](#)

31.03.2016 – 30.06.2016

### **Kommunikationsnetze, Inhalte und Technologien, Informationsgesellschaft:**

[Konsultation in bezug auf die evaluierung und überprüfung der datenschutzrichtlinie für elektronische kommunikation](#)

12.04.2016 – 05.07.2016

[Überarbeitung des europäischen Interoperabilitätsrahmens](#)

06.04.2016 – 29.06.2016

[Öffentliche Konsultation zur Rolle der Verleger in der urheberrechtlichen Wertschöpfungskette und der "Panorama-Ausnahme"](#)

23.03.2016 – 15.06.2016

[Konsultation der Öffentlichkeit zur Bewertung der Empfehlung 2009/396/EU der Kommission über die Regulierung der Festnetz- und Mobilfunk-Zustellungsentgelte in der EU](#)

15.03.2016 – 07.06.2016

**Forschung und Technologie:**

[Öffentliche Konsultation zum Arbeitsprogramm „Wissenschaft mit der Gesellschaft und für die Gesellschaft“ 2018–2020 im Rahmen von Horizont 2020](#)

11.04.2016 – 04.07.2016

**Öffentliche Gesundheit, Unternehmen, Verbraucher, Binnenmarkt:**

[Öffentliche Konsultation zu Methylisothiazolinon \(MIT\) im Rahmen der Verordnung \(EG\) Nr. 1223/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über kosmetische Mittel – aus-zuspülende/abzuspülende kosmetische Mittel](#)

01.04.2016 – 01.07.2016

[Öffentliche Konsultation über Erdnussöl und hydrolysiertes Weizenprotein im Rahmen der Verordnung \(EG\) Nr. 1223/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über kosmetische Mittel](#)

01.04.2016 – 01.07.2016

[Konsultation über die Effizienz und Leistungsfähigkeit des Chemikalienrechts \(ausgenommen REACH\)](#)

04.03.2016 – 27.05.2016

**Beschäftigung und Soziales:**

[Öffentliche Konsultation zur Bewertung der Europäischen Stiftung für Berufsbildung \(ETF\) im Zeitraum 2011-2014](#)

01.04.2016 – 24.06.2016

[Konsultation über eine europäische Säule sozialer Rechte](#)

08.03.2016 – 31.12.2016

**Außenbeziehungen:**

[Kapazitätsaufbau zur Förderung von Sicherheit und Entwicklung \(CBSD\) in Nicht-EU-Ländern- Öffentliche Online-Konsultation](#)

01.04.2016 – 27.05.2016

**Justiz und Grundrechte:**

[Konsultation über einen wirksamen Insolvenzrahmen in der EU](#)

23.03.2016 – 14.06.2016

**Handel:**

[Öffentliche Konsultation über die Zukunft der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zwischen der EU und der Türkei](#)

16.03.2016 – 09.06.2016

[Öffentliche Konsultation über die künftigen Handels- und Wirtschaftsbeziehungen der EU mit Australien und Neeseeland](#)

11.03.2016 – 03.06.2016

**Verkehr, Forschung und Technologie, Energie, Klimaschutz, Binnenmarkt:**

[Öffentliche Konsultation zu einer umfassenden und integrierten Strategie für die Energieunion in den Bereichen Forschung, Innovation und Wettbewerbsfähigkeit](#)

04.03.2016 – 31.05.2016

[Konsultation über politische Optionen für marktgestützte Maßnahmen zur Eindämmung der Auswirkungen der internationalen Luftfahrt auf den Klimawandel](#)

07.03.2016 – 30.05.2016

[Öffentliche Konsultation für die Evaluierung der Richtlinie 2007/59/EG über die Zertifizierung von Triebfahrzeugführern, die Lokomotiven und Züge im Eisenbahnsystem in der Gemeinschaft führen](#)

03.03.2016 – 27.05.2016



**Haushalt:**

[Öffentliche Konsultation zur Überarbeitung der Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union](#)

04.03.2016 – 27.05.2016

**Allgemeine und institutionelle Fragen:**

[Öffentliche Konsultation zu einem Vorschlag für ein verbindliches Transparenzregister](#)

01.03.2016 – 01.06.2016

**Maritime Angelegenheiten und Fischerei:**

[Ex-post-Bewertung des Europäischen Fischereifonds \(EFF\) und mögliche Neuauflage des Europäischen Meeres- und Fischereifonds \(EMFF\) nach 2020](#)

24.02.2016 – 18.05.2016

**Innere Angelegenheiten:**

[Öffentliche Konsultation im Hinblick auf die 2016 anstehende Bewertung der EU-Drogenstrategie und des EU-Drogenaktionsplans](#)

15.02.2016 – 31.05.2016

**13. Terminvorschau**

18./19.05.2016	Europäischer Tag der Meere in Turku
25.-27.05.2016	Jahresversammlung der Ostsee-Kommission (Konferenz der Peripheren und Küstenregionen) in Sandviken / Schweden
28.05.2016	Tag der Offenen Tür in den EU-Institutionen (IB-Stand im AdR)
02.06.2016	Europaministerkonferenz in Berlin: Übergabe des Vorsitzes von Hessen an Mecklenburg-Vorpommern
15./16.06.2016	118. Plenartagung des AdR
15.-17.06.2016	Besuch des Europa- und Rechtsausschusses in Brüssel
15.06.2016	MV-Abend in Brüssel: 25 Jahre Informationsbüro
22.06.2016	Treffen der ostdeutschen MdEP mit den ostdeutschen Büros
23.06.2016	Referendum im Vereinigten Königreich
28./29.06.2016	Europäischer Rat
01.07.2016	Übernahme der Ratspräsidentschaft durch die Slowakei